



MARIUS BECKER / PICTURE ALLIANCE / DPA

Medizinische Televisite im Rahmen eines Modellprojekts

Medizin

# Digitale Diagnose

Ärzte sollen künftig reine Onlinesprechstunden anbieten dürfen.

Das deutsche Gesundheitswesen steht vor der digitalen Revolution: Patienten sollen künftig auch ausschließlich über elektronische Kommunikationsmedien wie Skype behandelt werden dürfen. Dafür will die oberste Landesvertretung der Ärzte sorgen. Reine Onlinesprechstunden, bei denen sich Arzt und Patient nie begegnen, sollen danach möglich sein. Die Bundesärztekammer (BÄK) will dazu das sogenannte Fernbehandlungsverbot lockern, das sich aus den Berufsordnungen für Ärzte ableitet. Künftig soll es dort heißen: „Eine ausschließliche Beratung oder Behandlung über elektronische Kommunikationsmedien ist erlaubt, wenn dies im Einzelfall ärztlich vertretbar ist“, wie aus dem Protokoll einer Vorstandssitzung der BÄK hervorgeht.

Voraussetzung soll sein, dass der Patient über die „Besonderheiten“ einer reinen Onlineberatung aufgeklärt wird und der Arzt alle Befunde und Behandlungen sorgfältig do-

kumentiert. Der Passus soll im Mai den Delegierten des Ärztetages zur Abstimmung empfohlen werden. Derzeit sind in Deutschland ganztägige Telemedizin-Bereitschaftsdienste in Landarztpraxen oder in Altenheimen „berufsrechtlich nicht zulässig“, wie es im BÄK-Papier heißt.

Erst 2017 hatte der Ärztetag beschlossen, das geltende Regelwerk zu überprüfen. Über Jahre hatte sich die Mehrheit der Ärzteschaft vehement gegen eine Lockerung des Fernbehandlungsverbots gewehrt und zumindest einen persönlichen Erstkontakt zwischen Medizinern und Patienten eingefordert. Ausnahmen bilden bisher Modellprojekte, besonders in Baden-Württemberg, wo die ausschließliche Fernbehandlung erprobt wird. Grund ist die Nähe zur Schweiz, die als Vorreiter in der Telemedizin gilt. Dort bieten Firmen seit dem Jahr 2000 rund um die Uhr ärztliche Beratungen per Telefon oder Video an und stellen auch Rezepte aus. *cos*

Stromnetze

## Regierung kontra China-Beteiligung

Die Bundesregierung will den Einstieg Chinas ins deutsche Stromnetz verhindern. Nachdem der Pekinger Staatskonzern State Grid of China Corporation sein Interesse

angemeldet hat, einen Anteil von 20 Prozent am Berliner Netzbetreiber 50Hertz zu kaufen, suchen Kanzleramt und Wirtschaftsministerium nach Alternativen. So sondieren die Behörden derzeit, ob das belgische Versorgungsunternehmen Elia bereit ist, seine 60-Prozent-Beteiligung an

50Hertz aufzustocken. Elia hat ein Vorkaufsrecht auf die übrigen 40 Prozent der Aktien, die derzeit einem australischen Investitionsfonds gehören. Die Bundesregierung fürchtet, dass die chinesische Regierung einen zu großen Einfluss auf das deutsche Stromnetz erhalten könnte,

wenn das Pekinger Unternehmen bei 50Hertz einsteigt. Nach dem Außenwirtschaftsgesetz kann die Bundesregierung eine ausländische Beteiligung an strategisch wichtigen Unternehmen jedoch erst unterbinden, wenn sie über 25 Prozent des Eigenkapitals hinausgeht. *gt, msa*